Netzwerk
Erinnerung + Zukunft
in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

März 2022

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

wenn dieser Newsletter erscheint, dauert der Krieg der russischen Armee gegen das ukrainische Volk schon länger als vier Wochen in seiner ganzen Grausamkeit und Menschenvernichtung an. Der Putinsche Repressionsapparat gegen das eigene Volk wurde zeitgleich weiter aufgerüstet, die Propagandamaschinerie zur politischen Rechtfertigung und ideologischen Begründung der Aggression läuft heiß. Imperator Putin hetzt seine Armee auf ein Volk, das in jahrelanger mühsamer Arbeit und Auseinandersetzung um Demokratie und Freiheit ringt, ein Volk, das nach der Auflösung der Sowjetunion ein verschüttetes Selbstverständnis als Nation entwickelt hat, das es befähigt, der militärischen Übermacht massiv Paroli zu bieten. Hier bei uns zeigen sich viele verstört und fassungslos ob der Tatsache, dass der russische Machthaber seinen vielfachen Ankündigungen und Taten der letzten Jahre, die einstige russisch-sowjetische Großmacht wiederherstellen zu wollen, nun weitere militärisch aggressive Aktionen folgen ließ. Fassungslos darüber, dass eine mafiös agierende, machtbesessene Nomenklatura unter der Führung eines mit Mord, Totschlag und Völkermord regierenden Tschekisten eine Jahre dauernde Selbstsuggestion zunichtemacht. Es wird noch viel zu debattieren sein, Kritik und Selbstkritik geübt werden müssen, wie es sein konnte, dass einem Politiker, der im Innern und nach Außen als Krieger und Herrenmensch handelte und handelt, im Westen von allzu vielen als politischer Partner „friedlicher Nachbarschaft“ betrachtet wurde. Verstört sollte aber vor allem mancher sein, der von der Widerstandskraft des ukrainischen Volkes überrascht ist. So beeindruckend die Demonstrationen der Solidarität mit den Überfallenen auch ist: Der Wille und die Tatkraft der ukrainischen Gesellschaft, sich gegen einheimische Oligarchen, gegen politische Geschäftemacher, gegen Korruption, gegen Staats- und Rechtsversagen demokratisch und freiheitlich in einer eigenen Nation zu organisieren, wurde in den letzten Jahren nicht nur leichtfertig unterschätzt, sondern auch vielfach politisch diskreditiert. Während Viktor Orban seine Herrschaft der praktizierten „illiberalen Demokratie“ mit EU-Geldern für seine Klientel festigen konnte, während mit einem völkisch-autoritär gesinnten Regime in Serbien um einen EU-Beitritt verhandelt wird, steht der in der Maidan-Revolution von 2014 formulierte

Wille der Ukraine, in die europäische Gemeinschaft demokratischer Staaten aufgenommen zu werden, auf der Tagesordnung der EU ganz weit hinten. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher und kultureller Aktivitäten und Strukturen in der Ukraine, deren Kraftentfaltung nun unter grausamen Bedingungen zu sehen ist, durch Westeuropa blieb Freiwilligenarbeit und Stiftungsanliegen überlassen. Und dass Ukrainerinnen und Ukrainer mit ihrer Praxis brachen, in freien Wahlen einen Oligarchen zum Präsidenten zu küren, sondern mit Wolodomir Selenskij einen ernsthaften Komödianten wählten, galt hier nicht als Akt der Emanzipation von Abhängigen sondern als ziemlich spinnert.

Seit knapp 4 Wochen hängt dieses Plakat im Fenster des Netzwerkbüros. Foto: PS

Die russische Einverleibung der Krim und die Besetzung der ostukrainischen Regionen wurden vom Westen achselzuckend akzeptiert – irgendwie gehörten die Gebiete ja zu Russland und das Erdgas musste fließen. Diese Haltung hat viel mit sozialdemokratischer Bräsigkeit zu tun, der sich selbstorganisierende Gesellschaften traditionell suspekt ist. Dahinter steckt aber auch eine mit kolonialem Geist getränkte Geschichtsvergessenheit, die Russland und seine Machthaber zu legitimen Nachfolgern der Sowjetunion erhebt, während etliche 1991 selbstständig gewordene Republiken ihre nationale Legitimation erstmal beweisen sollen. Und eine kleine geschichtspolitische Anmerkung sei hinzugefügt: Von interessierten Kreisen wird gegenwärtig immer wieder die Tradition der brandtschen Ostpolitik für die deutsche Scheuklappenpolitik gegenüber dem Putin-Regime ins Feld geführt, so als seien Brandt, Bahr und Scheel damals Appeasement Politiker gewesen, deren Haltung dann fortgeführt würde. Dabei bestand der Kern Ostpolitik der frühen siebziger Jahre darin, endlich – 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – von Seiten der Bundesrepublik die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa anzuerkennen, insbesondere die Westgrenze des polnischen Staates. Dagegen opponierten damals Rechtsparteien und Vertriebenenorganisationen: Die Dominanz Moskaus im europäischen Osten anerkennend sollte eine reichsdeutsche, Grenzen verschiebende Option möglich bleiben. Indem Putin mit der Annexion der Krim und der Besetzung des Donbass quasi erlaubt wurde, staatliche Grenzen zu verletzen und staatliche Souveränität zu ignorieren, wurden Grundsätze sozial-liberaler Außenpolitik von einst verraten.

Wir werden bei der täglichen Arbeit, die ja irgendwie weitergehen muss, stets mit dem Krieg in der Ukraine konfrontiert sein und dabei manch lang gepflegte Illusion oder politische Position überdenken müssen. Mit diesem Newsletter sind wir mittendrin.
Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Veranstaltungen im April / Mai 2022**
  - **Auftritte des DGB-Chors**
  - **Kundgebung anlässlich des Jahrestages der Erstürmung des Hannoveraner Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten**
  - **Handlungsräume**
  - **Gedenken an die Opfer der Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof**
  - **Erinnerungs-Bußgang 2022 Hannover/Bergen-Belsen**
  - **Ostermarsch 2022**
  - **1. Mai 2022**
  - **Aus der Erinnerung für die Zukunft – Zentrales Gedenken zum 77. Jahrestag der Befreiung**
  - **„Was damals Recht war ...' – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht"**
  - **Die Gedanken sind frei! Zum 89. Jahrestag der Bücherverbrennung**
  - **Hannover unterm Hakenkreuz –Stätten der Verfolgung und des Widerstandes**
- **Erklärung zur Nichteinladung der konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation…**
- **Gegen jede Ausgrenzung beim Gedenken an die Opfer der faschistischen Barbarei…**
- **Stellungnahme des Antikriegshauses im Friedens- und Nagelkreuzzentrum Sievershausen zum Krieg in der Ukraine**
- **Appell: Nein zum Krieg**

Der DGB-Chor Hannover tritt auf bei:

- 1. April 2022, 16 Uhr, Goseriede, Gedenkveranstaltung „Besetzung des Gewerkschaftshauses Hannover am 1. April 1933"
- 10. April 2022, 15 Uhr, Mahnmal KZ Ahlem, Gedenkveranstaltung zur Befreiung am 10. April 1945
- 10. April 2022, 16.30 Uhr, Gedenkstätte Frauen- KZ Limmer, Gedenkveranstaltung zur Befreiung am 10. April 1945

Außerdem voraussichtlich bei der Maifeier am 1. Mai bei FAUST (Gretchen)

Kundgebung anlässlich des Jahrestages der Erstürmung des Hannoveraner Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten!

Freitag, 1. April 2022, 16 Uhr

Der Angriffskrieg Russlands treibt uns alle um. Das Leid der Menschen in der Ukraine, die Kriegsgeschehnisse und die Auswirkungen, die dies auch für uns in Hannover hat, sind Tag für Tag Thema in allen Gesprächen. Mit großer Sorge betrachten wir aber auch, dass durch die Pandemie und den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, die gesellschaftliche Mitte zunehmend von Rechtsextremen beeinflusst wird. Mit dem Ukraine-Krieg hat die Rechte ein neues Thema gefunden und bedient sich an alten Verschwörungsmythen.
Wir nehmen die Besetzung des Hannoverschen Gewerkschaftshauses an der Goseriede am 1. April 1933 zum Anlass, um uns entschieden gegen antidemokratische Kräfte, rechte Hetze, Rassismus und Diskriminierung zu stellen. Gleichzeitig erklären wir uns solidarisch zu den Menschen in und aus der Ukraine.

- Grußworte Margarete Wille, stellv. Vorsitzende des DGB-Stadtverbands Hannover
- Thomas Hermann, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
- Rede: Dr. Jens Binner, Zentrale Angelegenheiten Kultur Landeshauptstadt Hannover, ZeitZentrum Zivilcourage
- Musikbeiträge: DGB-Chor

Ort: Vor dem Alten Gewerkschaftshaus, An der Goseriede 4, Hannover

Veranstalter: DGB-Region Niedersachsen und andere

Handlungsräume

Vortrag: Dr. Johannes Schwartz, Hannover

Sonntag, 3. April 2022, 15 Uhr

Wie verhielten sich KZ-Aufseherinnen inhaftierten Frauen gegenüber? Dieser Frage geht der Historiker Johannes Schwartz in einem wissenschaftlichen Vortrag nach.
Der Begriff „Handlungsräume“ bildet in der geschichtswissenschaftlichen Forschung einen Ansatz, um den eigenaktiven Anteil der Täterinnen und Täter an nationalsozialistischen Verbrechen zu untersuchen. Wie streng hielten sich die nationalsozialistischen Akteure und Akteurinnen an Vorgaben „von oben“? Wie viel Eigeninitiative entwickelten sie in der Unterdrückung und Bestrafung ihrer Opfer?
Am Beispiel der Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, Neubrandenburg und Hannover-Limmer untersucht Johannes Schwartz, welche Handlungsräume die Aufseherinnen hatten, um tägliche Abläufe, die Zwangsarbeit in der Textil- und Kriegsindustrie, das lagerinterne Strafsystem, die Selektionen und Ermordungen zu organisieren und durchzusetzen. Er bezieht sich dabei auf NS- und Nachkriegsdokumente, deren Inhalte und Aussagen er ebenfalls hinterfragt.
Johannes Schwartz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Kultur der Landeshauptstadt Hannover und forscht seit vielen Jahren zur Geschichte der

nationalsozialistischen Konzentrationslager sowie zu Gewalt-, Geschlechter- und Täter*innengeschichte.

Ort: Gedenkstätte Ahlem, Heisterbergalle 10, 30453; die Vortragsveranstaltung ist hybrid geplant: Eine begrenzte Personenzahl kann unter 2G+ vor Ort teilnehmen, auf dem Youtube-Kanal der Gedenkstätte Ahlem wird der Vortrag als Live-Stream gezeigt: www.kurzelinks.de/ahlemYT

Veranstalter: Gedenkstätte Ahlem

Gedenken an die Opfer der Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof

Mittwoch, 6. April 2022, 16 Uhr

Auf dem Seelhorster Friedhof wurden am 6. April 1945 insgesamt 153 Männer und eine Frau aus der ehemaligen Sowjetunion und aus anderen Ländern von der Gestapo erschossen.
Im Mai 1945 wurden die Erschossenen exhumiert und in Einzelgräbern auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee begraben – das erste Zeichen der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt Hannover.
Anlässlich des 77. Jahrestags dieses grausamen Kriegsende-Verbrechens lädt die IG Metall Hannover zu einer Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung ein.
Dr. Jens Binner, Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage, wird einen erinnerungswürdigen Ort auf dem Stadtfriedhof Seelhorst vorstellen. Anschließend erfolgt eine Kranzniederlegung an der Gedenkstele für die Opfer der Erschießung. Dabei werden kurze Wortbeträge von Dirk Schulze (Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover), Thomas Hermann (Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover) und von der IG Metall Jugend gehalten.

Ort: Stadtfriedhof Seelhorst, Treffpunkt Haupteingang ab 15.45 Uhr

Veranstalter: IG Metall in Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover – ZeitZentrum Zivilcourage

Exhumierung auf dem Seelhorster Friedhof, Mai 1945. Foto: Staatsarchiv Nürnberg

---

Erinnerungs-Bußgang 2022 Hannover/Bergen-Belsen
Gegen das Vergessen

Freitag, 8. bis Sonntag 10. April 2022

Seit ca. 40 Jahren nehmen Frauen, Männer, Jugendliche jeweils am Wochenende des Palmsonntag einen Fußmarsch von ca. 70 km auf sich , um in Erinnerung an die Todesmärsche von KZ-Häftlingen aus Hannover zum damaligen KZ Bergen-Belsen im April 1945 ein persönliches Zeichen zu setzen. Die Beweg-Gründe dafür können sehr unterschiedlich ein. Unterwegs wird Zeit sein, zum Sprechen und Schweigen, Schauen und Nachdenken, Fragen zu stellen oder sich den Fragen anderer zu stellen. Dabei soll die körperliche Be-Wegung auch die innere Bewegung erleichtern und die Chance bieten, historische Spuren im eigenen Leben zu erfahren. Wer sich in der Lage sieht, kann die Nahrungsaufnahme auf Wasser und Brot in dieser Zeit beschränken. Natürlich ist es auch möglich, nur einzelne Teilstrecken mitzugehen.

Stele an der L.-Harms-Kirche in Fuhrberg: Foto W. Schwenzer

Ort / Ablauf:
Freitag, 8.4. bis 14 Uhr: Andacht Mühlenberg-Kirchencentrum m. Pfr. Lim - Fußweg bis z. Jüd. Friedhof – Bothfeld – Burgwedeler Str.

Samstag, 9.4., ca. 10.30 Uhr: Treffen in Burgwedel an der Pestalozzi-Scheune – Veranstaltung der BI Burgwedel – Fußweg nach Fuhrberg, Andacht an der Steele Ludwig-Harms- Kirche
Palm-Sonntag, 10.4., 10 Uhr: Treffen in Winsen am Scheinhardt-Gedenkstein – Fußweg z.um Sowj. Soldatenfriedhof Hörsten ca. 12.30 h Andacht auf dem Friedhof

Veranstalter: Wolfgang Schwenzer, Spielhagenstr. 13, 30171 Hannover, Tel. 0511/880311; Email : Schwenzerwolf@t-online.de

---

Befreit und doch nicht frei ...
Weiterleben?! Spuren der Gefangenschaft im KZ Conti-Limmer

Sonntag, 10. April 2022, 16.30 Uhr

Direkt neben dem Betrieb der Continental AG in Hannover-Limmer befand sich von Juni 1944 bis April 1945 ein Frauen-Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. Viele der Frauen starben kurz vor und nach der Befreiung im KZ Bergen-Belsen, doch die meisten Gefangenen des KZ Conti-Limmer haben das Lager und das anschließende Inferno von Bergen-Belsen überlebt. Die Spuren der KZ-Haft mussten und müssen sie ihr ganzes weiteres Leben mit sich tragen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Gedenkveranstaltung am 77. Jahrestag der Befreiung des KZ Conti-Limmer stehen Texte, in denen Überlebende dieses Lagers über ihre Gefühle nach der Befreiung und die Folgen der Haft berichten.

Ort: Gedenkstein / Informationstafel in der Sackmannstraße, Sackmannstraße 40, 30453 Hannover-Limmer (bei schlechtem Wetter: Gemeindehaus der St.-Nikolai-Gemeinde, Sackmannstraße 27). Es tritt auf der DGB-Chor Hannover

Veranstalter:
Arbeitskreis „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer“ (www.kz-limmer.de)

Foto: Gedenkstein für das KZ Conti-Limmer, Tim Rademacher, CC BY-SA 4.0, commons.wikimedia.org

---

Ostermarsch 2022

Der Aufruf des Friedensbüros Hannover zum Ostermarsch 2022 sei hier zitiert:

Ostersamstag, 16. April 2022, 11.30 Uhr

„Da das Ostermarschbündnis angesichts dieses schrecklichen Krieges so kurzfristig keinen neuen Aufruftext entwickeln konnte, gibt es zunächst nur ein Motto:
Rüstung tötet, macht arm und zerstört – nur Verhandeln bringt Frieden!

Wichtig sind uns auch bei der augenblicklichen Kriegslage folgende Gesichtspunkte:

1. Kriege und Rüstung sind Klimakiller.
2. Atomwaffen sind die größte Bedrohung für die Menschheit – deshalb keine Nukleare Teilhabe Deutschlands – stattdessen Unterschreiben des Atomwaffenverbotsvertrags der UNO
3. Keine neue Rüstungsspirale – diese Gelder brauchen wir für soziale Zwecke.
4. Rüstungsexporte befeuern Kriege in aller Welt – Grund für Flüchtlingsströme.
5. Krieg lässt sich nicht mit mehr Waffen beenden – nur Verhandeln, Bereitschaft zur Verständigung kann Hoffnung geben.

Aktuelle oder allgemein gültige Texte und unterstützende Gruppen und Organisationen findet Ihr auf http://frieden-hannover.de/
Agnes Hasenjäger, Friedensbüro Hannover“

Ort/Start: 11.30 Uhr: Aegidienkirche – anschließend Demonstration: Marktstraße – Karmarschstraße – Platz der Weltausstellung (Zwischenkundgebung) – Kröpcke (kurze Ansage) – Georgstraße – Schillerdenkmal (Zwischenkundgebung) – Schillerstraße – Bahnhofsvorplatz – Schlusskundgebung: etwa 13 Uhr

Veranstalter: Friedensbüro Hannover

Tag der Arbeit 2022

Sonntag. 1. Mai 2022, vormittags

Nach zwei Jahren Zwangspause wegen der Corona-Pandemie ist vom DGB Region Niedersachen–Mitte geplant, dieses Jahr wieder ein Maifest auf dem Goseriedeplatz in Hannover-Mitte in unmittelbarer Nähe zu zahlreichen Gewerkschaftshäusern zu veranstalten.
Zum Redaktionsschluss des Newsletters lagen noch keine genauen Infos vor. Die werden folgen.

Aus der Erinnerung für die Zukunft
Zentrales Gedenken zum 77. Jahrestag der Befreiung

Mai 2022– Genauer Termin wird noch bekannt gegeben

Am zentralen Gedenkort des Ehrenfriedhofs Maschsee-Nordufer wird anlässlich des 77. Jahrestags der Befreiung der Opfer des Nationalsozialismus von Krieg und Gewalt gedacht. Grußworte werden von Thomas Hermann, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Dirk Schulze, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gesprochen.
In Hannover wurden unter anderem die Häftlinge der sieben hannoverschen KZ-Außenlager befreit – der Großteil von ihnen war bis zum Anrücken der alliierten Truppen bereits durch die harten Arbeits-und Lebensbedingungen und durch die Todesmärsche umgekommen.
Das größte der hannoverschen Außenlager war das KZ Stöcken. Aufgrund umfassender Namensrecherchen konnten über 650 Namen von getöteten Häftlingen erforscht werden. Anlässlich des 77. Jahrestags werden diese Namen in einem Gedenkbuch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Gedenkbuch wird anschließend im Gedenkraum „Grotte“ im Neuen Rathaus dauerhaft ausgestellt sein.
Schüler*innen der St. Ursula Schule werden eine ausgewählte Biographie aus dem Gedenkbuch vorstellen.

Ort: Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer

Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover – Zeitzentrum Zivilcourage in Kooperation mit der IG Metall, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Maschsee-AG

Schüler*innen bei einer Gedenkveranstaltung 2019. Foto: LHH – Zeitzentrum Zivilcourage

---

Hannover unterm Hakenkreuz –Stätten der Verfolgung und des Widerstandes

Sonntag 8. Mai von 11-13 Uhr

Die allmähliche Ausgrenzung der jüdischen Bürger bis zur Deportation, die Verfolgung der Sinti und Roma und die Rolle der Kirche während der nationalsozialistischen Zeit sind Themen dieses Spazierganges. Auch Auflehnung und Widerstand werden thematisiert.

Ort/Treffpunkt: Neustädter Hof- und Stadtkirche St. Johannis, Rote Reihe; Endpunkt: Holocaust Mahnmal, Georgsplatz; Dauer: ca. 2 Std., Kosten: 12 €

„Was damals Recht war ...‘ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“

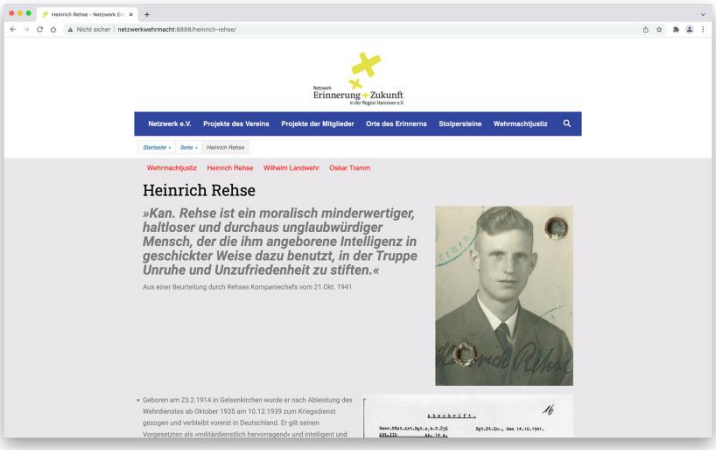
Montag, 9. Mai bis Donnerstag, 30. Juni 2022

Eröffnung, Mo. 9. Mai 18 Uhr; Einführung: Ralf Buchterkirchen

Die Ausstellung der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ informiert über Unrecht und Willkür der NS-Militärjustiz und dient der gesellschaftlichen Verankerung der erst zwischen 1998 und 2009 erfolgten rechtlichen Rehabilitierung ihrer Opfer. Im Zentrum der Präsentation stehen Fallgeschichten, bei denen es nicht nur um Personen geht, die als Deserteure abgeurteilt wurden, sondern auch um so genannte „Wehrkraftzersetzer“ und „Volksschädlinge“. Darüber hinaus werden Biografien von Angehörigen des Widerstandes in besetzten europäischen Ländern dargestellt. Insgesamt wurden mindestens 20.000 Menschen hingerichtet, unzählige andere starben in Lagern oder in Strafeinheiten. Die Fallgeschichten werden in Überblicksdarstellungen zur Geschichte der deutschen Militärjustiz zwischen 1871 bis 1939 eingebettet. Zudem nimmt die Ausstellung die Ausgrenzung und Nichtachtung überlebender Justizopfer in den deutschen Nachkriegsstaaten in den Blick.

Titelseite des Ausstellungskatalogs

Die Ausstellung wird ergänzt durch Biografien von Opfern und Tätern, die in der Region Hannover lebten oder tätig waren. Ein Arbeitskreis innerhalb des Netzwerks hat im Laufe der langen Vorbereitung auf diese Präsentation deren Lebens- und Berufsstationen recherchiert und in unterschiedliche Formen der Präsentation gegossen. Diese beinhalten neben einer eigenen Website auch Führungen und Angebote zum Mitmachen und Lernen. Mit sechs Fachvorträgen innerhalb der Ausstellungszeit wird das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven vertieft.



Entwurf einer Seite unserer Website zum Thema

Ort: Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4 30451 Hannover

Veranstalter: Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover in Kooperation mit der Region Hannover, der Landeshauptstadt Hannover, der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, der Klosterkammer Hannover, dem ver.di Bildungswerk Hannover, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Freizeitheim Linden.
Ein ausführlicher Folder erscheint in den nächsten Tagen.

Im Rahmen der Ausstellung laden wir zu Vorträgen renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein. Diese widmen sich aus unterschiedlichen Perspektiven dem Handeln der Wehrmachtjustiz.

Dr. Peter Lutz Kalmbach (Bremen): **Kriegsgerichte, Standgerichte, Bewährungsbataillone – Rechtsprechung und Strafvollstreckung der Wehrmacht**

Donnerstag, 12. Mai 2022, 18.30 Uhr Freizeitheim Linden

Die Wehrmachtjustiz bestand von 1934 bis 1946. Für ca. 30.000 Todesurteile war sie verantwortlich und sie gebot über ein weitverzweigtes System des Freiheitsstrafenvollzugs. Der Vortrag wendet sich den Grundstrukturen des militärischen Justizapparates zu und beleuchtet die Zusammenarbeit mit dem Justizministerium, der Sicherheitspolizei und besonderen Besatzungsverwaltungen in den Ländern Europas und der Sowjetunion.

Peter Lutz Kalmbach *ist Jurist und Kriminologe. Er arbeitet als Dozent an der Verwaltungsschule Bremen und ist Lehrbeauftragter für Rechtsgeschichte an der Universität Bremen.*

Dr. Claudia Bade (Hamburg): **„In erster Linie Soldat, in zweiter Linie erst Jurist“ – Urteilspraxis und Selbstbild der Wehrmachtrichter**

Mittwoch 25. Mai 2022, 18 Uhr, Gedenkstätte Ahlem

Die Richter der Wehrmacht trugen die Verantwortung für die furchtbare Urteilsbilanz der NS-Militärjustiz. Der Vortrag beschäftigt sich mit der Urteilspraxis der Wehrmachtjuristen, mit ihrem Selbstbild und ihrer Auslegung der Rechtsvorschriften. Nach dem Krieg konnten die Juristen größtenteils ihre Karrieren fortsetzen. Eine Einsicht in die Unrechtmäßigkeit des eigenen Handelns war bei den meisten nicht zu erkennen.

Claudia Bade *arbeitet nach zahlreiche Forschungs- und Ausstellungsprojekten zur NS-Militärjustiz derzeit als freie Mitarbeiterin des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Torgau, zuständig für die Erstellung von Biogrammen über Wehrmachtrichter.*

Dr. Magnus Koch (Hamburg): **„Da machen wir nicht mehr mit“. Wehrmachtsoldaten auf der Suche nach Auswegen aus einem verbrecherischen Krieg (1939-1945)**

Donnerstag 9. Juni 2022, 18 Uhr Zeitzentrum Zivilcourage

Spätestens seitdem es Nationalstaaten gibt, bekämpften diese Deserteure und andere ungehorsame Soldaten mit größter Härte. Besonders brutal behandelte die Wehrmacht des „Dritten Reiches“ jegliche Form der Abweichung. Zehntausende Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und sogenannte Wehrkraftzersetzer ließen die NS-Militärgerichte hinrichten. In seinem Vortrag unternimmt Magnus Koch den Versuch, eine Kollektivbiografie der Wehrmachtsdeserteure zu zeichnen.

Magnus Koch*, ist seit 2006 als Historiker und Kurator tätig u.a. für die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas sowie das Deutsche Historische Museum. Zahlreiche Publikationen zur Erfahrungsgeschichte des Krieges sowie zur Wehrmachtjustiz. Seit 2017 Leiter des Arbeitsbereichs Ausstellungen und Geschichte der Bundekanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung.*

Prof. Dr. Maria Fritsche (Trondheim**):„… dass die Wehrmacht alles tun soll, um die norwegische Zivilbevölkerung zu befrieden“ – Wehrmachtjustiz im besetzten Norwegen**

Mittwoch 15. Juni 2022, 19 Uhr, verdi.Höfe/Rotation

Mit dem Angriff der Wehrmacht auf Norwegen am 9. April 1940 trat auch die Wehrmachtjustiz in Aktion. Sie übernahm die Verfolgung von Straftaten der Zivilbevölkerung und sorgte für die innere Disziplin. U.a. sollte sie sicherstellen, dass deutsche Soldaten nicht durch Diebstähle oder Übergriffe den Ruf Deutschlands beschädigten, war es doch das Ziel des NS-Regimes, die als „rassisch ebenbürtig“ eingestufte norwegische Bevölkerung für eine gemeinsame nationalsozialistische Zukunft zu gewinnen. Das Bemühen, die norwegische Bevölkerung zu gewinnen, steht im Widerspruch zur Härte, mit der die deutschen Besatzer widerständige Handlungen verfolgten.

Maria Fritsche wird in ihrem Vortrag anhand von Fallbeispielen die bislang kaum erforschte Rolle der Wehrmachtsjustiz im besetzten Norwegen beleuchten.

Maria Fritsche *ist Professorin für moderne internationale Geschichte an der Universität in Trondheim, Norwegen, und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Wehrmachtjustiz und der Verfolgung ungehorsamer Soldaten.*

Dr. Marco Dräger (Heidelberg/Hannover): **Opfer der Wehmachtjustiz in der Erinnerungskultur**

Donnerstag, 23.06.2022, 18 Uhr, Freizeitheim Linden

Im Kontext von Nachrüstungsdebatte und Friedensbewegung kam zu Beginn der 1980er Jahre in einigen Städten die Forderung nach der Errichtung von Denkmälern für Deserteure auf. Der Vortrag thematisiert nicht nur die Errichtung solcher Denkmäler in den letzten ca. 35 Jahren, sondern allgemeiner den öffentlichen Diskurs über das Phänomen Desertion – insbesondere im Kontext des Nationalsozialismus. Des Weiteren wird ein Überblick über Genese und Etablierung von Deserteur-Denkmälern in der bundesrepublikanischen Geschichte- und Erinnerungskultur geboten.

Marco Dräger *ist Historiker und Geschichtsdidaktiker, Lehrbeauftragter an den Universitäten Lüneburg, Hannover und Göttingen, seit Sommersemester 2022 Vertretungsprofessor für Geschichtsdidaktik in Heidelberg.*

Die Gedanken sind frei! Zum 89. Jahrestag der Bücherverbrennung

Dienstag, 10. Mai 2020, 16 Uhr

Bücher von jüdischen, liberalen, pazifistischen und marxistischen Schriftsteller*innen wurden am 10. Mai 1933 verbrannt. Dieser Schlag gegen die künstlerische und geistige Freiheit war der sichtbare Beginn der systematischen Verfolgung der künstlerischen Elite und der Abschaffung der geistigen Freiheit in Deutschland. In Hannover fand die Bücherverbrennung am Bismarckturm in den Maschwiesen (heute Maschsee) statt. Schülerinnen und Schüler der Tellkampfschule werden die Gedenkveranstaltung inhaltlich vorbereiten und begleiten. Die Schule hat in Kooperation mit der Städtischen Erinnerungskultur nach jahrelangem Engagement für die Erinnerung an die Bücherverbrennung die Patenschaft für das Gedenken übernommen. Sie setzen sich textlich und musikalisch mit dem Thema Meinungsfreiheit auseinander.

Ort: Gedenkplatte zur Information an die Bücherverbrennung an der Geibelbastion am Maschsee

Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover – ZeitZentrum Zivilcourage in Kooperation mit der Tellkampfschule Hannover und der Initiative zum Gedächtnis an die Bücherverbrennung

– ZeitZentrum Zivilcourage

Erklärung zur Nichteinladung der konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation und der Republik Belarus zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 77. Jahrestags der Befreiung des Stalag X B Sandbostel

*Anfang Mai werden in Hannover und der Region verschiedene Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai 1945 stattfinden. Zu einigen waren in den letzten Jahren auch offizielle Vertreter*innen der Russischen Föderation eingeladen. Zur Frage, wie angesichts des Überfalls der russischen Armee auf die Ukraine mit dieser Praxis umgegangen werden kann, dokumentieren wir eine Erklärung der Gedenkstätte Lager Sandbostel.*

Am 24. Februar 2022 hat die russische Armee auf Anordnung des Präsidenten Wladimir Putin begonnen, die souveräne Ukraine anzugreifen. Seit einigen Tagen wird die russische Invasion massiv ausgeweitet und die Angriffe richten sich zunehmend auch gegen zivile Ziele in den Städten. Die Stiftung Lager Sandbostel verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine zutiefst. Unser Mitgefühl gilt zuvorderst den betroffenen Menschen in der Ukraine. Wir solidarisieren uns mit allen, die in Russland und auf der ganzen Welt ihre Stimme gegen diesen Krieg erheben. Wir fordern die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen.

Der russische Präsident Wladimir Putin begründet den Krieg gegen die Ukraine mit abstrusen historischen Vergleichen und dem Ziel einer vermeintlichen Entnazifizierung der Ukraine. Es betrübt uns zutiefst, dass in diesem alleinig von Russland zu verantwortendem Krieg, die Nachfahren von Menschen gegeneinander kämpfen, die 77 Jahre zuvor gemeinsam in einer großen Anti-Hitler-Koalition gegen den deutschen Nationalsozialismus gekämpft haben und ihn besiegt haben. Im Kriegsgefangenenlager Stalag X B Sandbostel waren in Folge des beispiellosen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion über 70.000 Soldaten der Roten Armee gefangen – aus Russland, Belarus, der Ukraine und vielen anderen Teilrepubliken der Sowjetunion. Tausende von ihnen sind im Stammlager Sandbostel und den Arbeitskommandos an Unterernährung, Krankheiten, Mangelversorgung und direkter Gewalt der Wachmannschaften gestorben. Sie alle ruhen gemeinsam in Massengräbern auf dem Lagerfriedhof in Sandbostel und jedes Jahr am 29. April, dem Jahrestag der Befreiung, gedenken wir ihrer, unterschiedslos der nationalen Zugehörigkeit.

Doch in diesem Jahr ist die Situation eine andere, in diesem Jahr wird das Gedenken ein anderes sein: Es ist für uns nicht vorstellbar, dass wir gemeinsam mit offiziellen Repräsentanten der Russischen Föderation (und des Russland unterstützenden Belarus) der toten sowjetischen Kriegsgefangenen, auch aus der Ukraine, gedenken, während zeitgleich russische Einheiten ukrainische Soldaten und vor allem auch Zivilisten durch Bomben und Raketen töten.

Daher haben wir uns schweren Herzens entschieden, die konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation und der Republik Belarus in diesem Jahr explizit nicht zu unserer Gedenkveranstaltung am 29. April anlässlich des 77. Jahrestag der Befreiung der Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge im Stalag X B und dem Gedenken an die in Sandbostel

verstorbenen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge einzuladen. Insbesondere mit dem Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg pflegen wir eigentlich seit vielen Jahren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.
Dass wir diesen Schritt gehen müssen, betrübt uns sehr und wir betonen, dass es sich bei der Nichteinladung der konsularischen Vertretungen explizit um einen Ausschluss staatlicher Organe handelt und nicht der russischen Zivilbevölkerung oder russischstämmiger Menschen in Deutschland. Im Gegenteil: Sie alle sind eingeladen, mit uns gemeinsam am 29. April der verstorbenen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge aller Nationen zu gedenken. Wir bemühen uns zudem darum, ein*e Vertreter*in der russischen Zivilgesellschaft für ein Grußwort zu gewinnen. Am Vormittag des 29. April bieten wir einen russischsprachigen Rundgang zur Geschichte des Stalag X B Sandbostel an.
Wir hoffen, dass wir in der Zukunft unter veränderten Bedingungen wieder gemeinsam der Menschen gedenken können, die in Sandbostel gelitten haben und gestorben sind.
Sandbostel, den 2. März 2022
Günther Justen-Stahl, Vorsitzender der Stiftung Lager Sandbostel
Andreas Ehresmann, Geschäftsführer der Stiftung Lager Sandbostel und Leiter der Gedenkstätte

---

Gegen jede Ausgrenzung beim Gedenken an die Opfer der faschistischen Barbarei und der Befreiung von Faschismus und Krieg

Da es bei uns im Netzwerk um demokratische Vielfalt und Debatte geht, sei dem Dokument aus Sandbostel ein Stellungnahme des VVN-BdA gegenübergestellt. Sie ist der Website dieser Vereinigung entnommen, datiert vom 23. März 2022.

In den vergangenen Tagen erreichten uns Informationen aus verschiedenen Gedenkorten, die den sowjetischen Opfern der faschistischen Barbarei – darunter Zwangsarbeiter*innen, KZ-Häftlingen oder Kriegsgefangenen – gewidmet sind, dass vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine bei den diesjährigen Gedenkveranstaltungen Vertreter aus Belorussland und der Russischen Föderation ausgeladen wurden.
Das ist aus unserer Sicht nicht nur falsch, sondern ein Affront gegenüber den sowjetischen Opfern und ihren Angehörigen.
Es ist uns wichtig, zwischen der notwendigen Verurteilung des Kriegs in der Ukraine und der Erinnerung an die Toten des deutschen Faschismus deutlich zu unterscheiden. Außerdem gilt es zu bedenken, dass an diesen Tagen und an diesen Orten aller sowjetischen Opfer der Faschismus gedacht werden soll, und diese kamen aus allen Teilen der damaligen UdSSR.
Zudem unterstreichen wir noch einmal, dass die Rote Armee – als Teil der Anti-Hitler-Koalition – den entscheidenden militärischen Beitrag zur Befreiung auch unseres Landes von der faschistischen Barbarei geleistet hat. In dieser Armee der Sowjetunion kämpften Seite an Seite Russ*innen, Ukrainer*innen, Vertreter*innen aller Völker der Sowjetunion.
Es ist daher vollkommen ausgeschlossen, dass aus diesem Anlass die staatlichen Vertreter von Nachfolgestaaten der UdSSR keine Gelegenheit bekommen sollen, sich in würdiger Weise an diesem Gedenken zu beteiligen. Denn bei diesem Gedenken stehen die Opfer im

Zentrum. Und dabei sollte es sichtbar werden, dass dieses Gedenken auch eine Verpflichtung zum Frieden, zur Versöhnung und zur gemeinsamen Erinnerung ist. Vergleichbares gilt aus unserer Sicht auch am 8./ 9. Mai – dem „Tag der Befreiung“ und dem „Tag des Sieges“. Auch bei dieser Gelegenheit sollten wir im Sinne einer Friedensbotschaft gemeinsam an die bedeutsame Leistung aller Veteranen der Roten Armee, aus welchem Nachfolgestaat der UdSSR auch immer sie kommen, erinnern. Wir sollten daran erinnern, wie sie gegen den Nazismus und für den Frieden gekämpft haben und welche Opfer sie für diese Befreiungsleistung gebracht haben.
Eine Ausgrenzung von Teilnehmenden steht dazu im diametralen Gegensatz. Dies gilt gleichermaßen auch für die Familienangehörigen und Nachkommen, die sich an einem würdigen Gedenken beteiligen wollen.

Stellungnahme des Antikriegshauses im Friedens- und Nagelkreuzzentrum Sievershausen zum Krieg in der Ukraine, 7. März 2022

Wir verurteilen den aggressiven und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir fühlen mit den Menschen in der Ukraine, über die unendliches Leid, Zerstörung und Tod gebracht wird. Wir sind erschrocken und empört über das Ausmaß der Brutalität, mit dem gegen die ukrainische Bevölkerung vorgegangen wird. Die Menschen in der Ukraine brauchen unsere Solidarität. Wir rufen deshalb zu Spenden für die humanitäre Hilfe auf und begrüßen die sich abzeichnende große Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den Nachbarländern und der EU.
Mit Bestürzung und Ratlosigkeit konstatieren wir, dass das Putin-Regime weder ernsthafte Verhandlungsbereitschaft gezeigt hat noch sich durch den gezeigten Widerstandswillen weiter Teile der ukrainischen Bevölkerung beeindrucken zu lassen scheint. Die Gewaltbereitschaft des Putin-Regimes hat Russland zu einer Autokratie im Inneren und einem Akteur mit imperialen Ansprüchen in seinem geopolitischen Umfeld gemacht. Diese Entwicklung war schon lange erkennbar und wir müssen uns fragen lassen, ob wir darauf angemessen reagiert haben. Auch das repressive Vorgehen gegen zivilgesellschaftlichen Protest gegen diesen Krieg in Russland selbst zeugt von dieser Gewaltbereitschaft. Es erinnert uns aber auch daran, dass Russland und die russische Bevölkerung nicht mit diesem Regime gleichgesetzt werden dürfen.
Wir fordern dazu auf, den Kontakt zu den Menschen in Russland aufrecht zu erhalten, wo dies möglich ist. Wir nehmen mit Sorge antirussische Tendenzen in Deutschland wahr, die sich pauschal gegen Menschen russischer Herkunft und gegen russische Kultur richten. Auf lange Sicht kann es nur Frieden und Sicherheit in Europa mit Russland geben, auch wenn dies momentan schwer vorstellbar scheint. Antirussische Feindbilder werden uns auf diesem Weg nicht helfen. Langfristig wird es auch keine militärische Lösung geben können. Wir sehen deshalb mit Sorge, wenn aus der (verständlichen) Emotion heraus nun teilweise diplomatischen Bemühungen, Zusammenarbeit und dem Aufbau von Vertrauen pauschal keine Chance eingeräumt wird. Auch mahnen wir an, die Anteile Deutschlands, der NATO und des Westens an der über Jahre erfolgten Erosion der Beziehungen zu Russland

selbstkritisch zu reflektieren. Unmittelbar aber gilt es, dem Putin-Regime entschlossen zu begegnen, ohne durch unbedachte Schritte die Eskalation zusätzlich anzuheizen. Mittel- und langfristig müssen Perspektiven und Grundlagen für eine belastbare Friedens- und Sicherheitsordnung auf europäischer und globaler Ebene geschaffen werden. Das heißt auch, dass Wege aus einer durch Abschreckungspolitik, fortgesetzte militärische Aufrüstung und Sanktionspolitik geprägten Handlungslogik gesucht werden müssen, wie sie die aktuellen Beschlüsse der Bundesregierung nahelegen. Wie die Hessische Stiftung Frieden und Konfliktforschung in einer aktuellen Stellungnahme[1] schreibt: „Das Ende des Friedens darf nicht das Ende der Friedenspolitik sein. Im Gegenteil muss es der Beginn eines neuen Nachdenkens über die Zukunft einer europäischen und globalen Friedensordnung sein."
Dafür, dass dies geschieht, tragen wir alle Verantwortung. Denn Frieden können wir nur gemeinsam machen.
[1] Hessische Stiftung Frieden und Konfliktforschung (HSFK): Stellungnahme zum Ukraine-Konflikt, https://www.hsfk.de/wissenstransfer/ news/news/stellungnahme, 24.02.2022, (abgerufen am 02.03.2022)

Den Standpunkt des Antikriegshauses hat Elvin Hülser auch beim HAZ-Forum (u.a. mit Margot Kässmann und dem grünen Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler) am 7. März verdeutlicht. Der YouTube-Link zur Podiumsdiskussion ist auf der Seite des Antikriegshauses (https://www.antikriegshaus.de) abrufbar

---

Appell: Nein zum Krieg

Im Rahmen der Debatte um die politischen Reaktionen auf Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine dokumentieren wir hier in Auszügen eine kurze Stellungnahme des „Instituts Solidarische Moderne" und verweisen auf den link zum „Appel Nein zum Krieg!"

„Liebe Mitglieder, liebe Freund:innen und Interessierte,
seit dem 24. Februar führt Russland einen Krieg gegen die Ukraine. Das ISM, so wie viele andere, macht dieser Krieg fassungslos angesichts der unzähligen Opfer und Menschen, die vor dem Krieg flüchten müssen. Die Diskussionen darüber, was jetzt getan werden muss, berühren grundlegende außen- und migrationspolitische Fragen. Dazu muss es breite gesellschaftliche Debatten geben, die wir mit anregen und vertiefen wollen.
Die Ankündigung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wurde quasi über Nacht beschlossen. Wir halten diese Pläne zu einem dauerhaften, im Grundgesetz verankerten Hochrüstungskurs für grundlegend falsch. Daher engagieren wir uns für den Appell „Nein zum Krieg. Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz". Bislang haben 30.000 Menschen den Appell unterzeichnet."

HET ВОЙНЕ – Nein zum Krieg! | Der Appell

Beilage: mit dem Newsletter wird ein pdf-Folder zu Veranstaltungen „JüMid – aktuelle jüdische Musik“ in Deutschland versandt.

Impressum:
Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 23. März 2022. **Redaktionsschluss des nächsten Newsletters ist der 24. Mai 2022.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;
erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt Hannover